

Druck sucht Entladung

Gewaltexzesse: „Wenn Triebkontrolle Pause hat“, FR-Feuilleton vom 26. Juni

Die Ursachen für die „traurige“ Samstagnacht in Stuttgart müssen nicht „schleierhaft“ bleiben. Der Gewaltausbruch ist wohl am besten zu deuten als Ventil für Ängste und Frustrationen, beflügelt durch die rechtfertigende Identifikation mit der Bewegung „Black Lives Matter“. Die Coronängste wurden gefühlt überwertig geschürt, es entstanden massive reale Existenzängste, während Abfuhrmöglichkeiten wegfielen. Der hohe emotionale Druck entlud sich, als die Staatsgewalt die Flucht in den Drogenrausch unterband, eine unpolitische, einfache Form der Stressbewältigung, anders als Großdemonstrationen für Grundrechte. Die irrationale Verarbeitung der realen Angst vor Stuttgarts Detroitisierung im Rahmen der Autokrise muss jetzt ersetzt werden durch vernunftbasierte Lösungen der Probleme, bei der die Ängste angenommen werden, statt sie zu verdrängen.

Gerade die Regierenden müssen dies beherzigen. Der illegale polizeiliche Gewaltexzess am „Schwarzen Donnerstag“ 2010 im Stuttgarter Schlosspark war getragen von der uralten Angst der Herrscher vor dem geeinten Volk (1. Mose 11, 5-9), nachdem die Kanzlerin Stuttgart 21 zum Schlüsselprojekt für die Zukunft Deutschlands (richtiger: ihrer neoliberalen Politik) erklärt hatte. Absurderweise werden seither die Gottesdienste der Theolog*innen gegen Stuttgart 21 im Schlosspark vom Verfassungsschutz beobachtet, während die berechtigten Ängste vor dem Scheitern des Projekts verdrängt werden. Beim Coronakrisenmanagement sind falsche von realistischen Ängsten mutig zu unterscheiden, um die Maßnahmen überzeugend zu vermitteln und zu begrenzen, wie dies in Gütersloh gelingen kann, wenn die unhaltbaren Arbeits- und Lebensbedingungen in der neoliberalisierten Fleischwirtschaft unterbunden werden.

Friedrich Gehring, Backnang

Diskussion: frblog.de/taz



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:
069 / 2199-3666

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

FR ERLEBEN

Manuel Almeida Vergara diskutiert im „Modcast“ mit Patrice Bouédibéla über den Sinn einer „Frankfurt Fashion Week“. Die Ausgabe des Mode-Podcasts ist abrufbar auf fashionunited.de/modcast.podigee.io

Andreas Schwarzkopf spricht mit Nicole Deitelhoff von der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) über „Sündenböcke und Verschwörungstheorien: Spaltet Corona die Gesellschaft“. Verfolgen Sie das Gespräch von Heinrich-Böll-Stiftung, HSFK und FR per Livestream auf Youtube und diskutieren Sie mit.

Dienstag, 28. Juli, 19 Uhr
boell-hessen.de/YouTube

Wir sollten die Stadt neu denken

IHK-Konzept für die Verkehrswende: „Keine Radfahrer auf Hauptstraßen“, FR-Regional vom 27. Juni

Wenn einer es drauf anlegt, seinen Ruf zu ruinieren

Nein, er tut mir nicht leid, der verdiente Elektromeister, Innungsmeister, Bundesverdienstkreuzträger und vieljährige Präsident der Handwerkskammer Frankfurt und Rhein-Main. Denn wer es darauf anlegt, seinen guten Ruf als Bürger, Unternehmer und Funktionär zu ruinieren, der soll dies tun, auch wenn das Umfeld nur den Kopf schütteln kann.

Frankfurts Hauptstraßen also sollen nach Meinung von Herrn Ehinger für Radfahrer gesperrt werden. Ziel ist es, den Autoverkehr, an dem die Stadt seit Jahrzehnten erstickt, gegenüber den lästigen Radlern zu priorisieren. Man kann solches fordern, doch bedarf dies dann auch zugehöriger Definitionen, was zum Beispiel Hauptstraßen im Sinne des Handwerkskammerpräsidenten seien: Meint er damit die Bundesstraßen B 3, 8, 43, 44? Die bekannteren Ausfallstraßen aus dem Zentrum wie Eschersheimer und Darmstädter Landstraße? Oder trifft das Urteil „Haupt“ Tangenten wie die Mainzer Landstraße?

Solcherart als für den Radverkehr gesperrte Straßen haben – man glaubt es angesichts der diese Verkehrsadern begleitenden Emissionen kaum – auch Anwohner, von denen nach statistischer Wahrscheinlichkeit 20 Prozent radelnd in der Stadt unterwegs sind, mit stark steigender Tendenz. Bekommen solche Anlieger künftig Anwohner-Radel-Ausweise, damit sie ihre Wohnungen oder Arbeitsplätze an den gesperrten Hauptstraßen erreichen können?

Wie fern der Realität muss ein Funktionär eigentlich leben, der im Jahr 2020 einer Senkung der Parkgebühren das Wort redet, wo sich sonst überall auf der Welt die Überzeugung durchsetzt, dass knappes Gut bei hoher Nachfrage über steigende Preise zu regulieren ist? Die Krönung beweist die Forderung, „unangemessene Parkplatzvernichtung“ zu unterlassen. Daraus könnte man ableiten, dass

es „angemessene Parkplatzvernichtung“ gebe. Da werden sich die Entscheidungsgewaltigen in den Verkehrsdezernaten des Rhein-Main-Gebiets künftig die Köpfe heißreden beim Versuch, zwischen angemessen und unangemessen zu unterscheiden.

In einer an Hektotonnen Karosserieblech erstickenden Stadt wie Frankfurt bedarf jeder im öffentlichen Raum bereitgestellter – und damit dem Nutzen der Allgemeinheit zu Gunsten der Autohalter zweckentfremdeter – Quadratmeter öffentlichen Raums der fundierten Rechtfertigung. Wer ein Kfz hält, der muss für den Platz, auf dem er dies tut, auch finanziell aufkommen.

Nein, Bernd Ehinger als oberster Handwerksführer von Frankfurt Rhein-Main tut mir nicht leid. Mein Mitleid erregen jedoch die abertausenden Zwangsmitglieder in der Frankfurter Handwerkskammer, die sich ob der ewiggestrigen Forderungen ihres Häuptlings jetzt dem Hohn und Spott ihrer Mitbürger und Kunden ausgesetzt sehen. Roland Hoede, Frankfurt

Statt Autofahrer sollen Radfahrer gegängelt werden

Jetzt kommt endlich Schwung in die alternative Verkehrs-Mobilität, dank Radentscheid. Da meldet sich die Industrie und Handelskammer (IHK) mit alten Vorcorona-Argumenten zu Wort, auch mit vielen überholten Allgemeinplätzen wie z.B. Verkehrswege müssen ausgebaut und optimiert werden. Statt Autofahrer werden Radfahrer gegängelt, und Parkplätze dürfen auf keinen Fall entfallen.

Hier Vorschläge für Städte, die unmöglichen Autopendlerströme loszuwerden: konsequente und durchgängige Parkraumbewirtschaftung mit gut kontrolliertem Anwohnerparken; Vorrang des öffentlichen Personenverkehrs (ÖPNV) auf allen Ebenen; begrünte Pendlerparkplätze an sämtlichen Haltepunkten des ÖPNV. Des weiteren eine coronagemaße Stadtgestaltung anstatt einer Verkehrspolitik nach Gusto IHK: Abstandhalten auf 1,50 Me-

ter, das ist in unseren Städten – so verbaut wie sie sind – unmöglich. Bei Bürgersteigen, die das Auto übriggelassen hat, ist dies kaum machbar. Wir könnten Städte und Kommunen haftbar machen!

Die städtischen Fußgängerflächen sind so schmal, dass Ehepaare im Gänsemarsch laufen müssen. Jetzt wird deutlich, wie wir als Fußgänger vom Autoverkehr seit 100 Jahren geknebelt worden sind. Und die IHK ist mit ihren Forderungen daran nicht schuldlos. Um z.B. den Abstand von 1,50 Metern einhalten zu können, weichen wir zurzeit als Zufußgehende auf den Fahrstraßenraum aus. Das ist zurzeit möglich, da Autos sympathisch wenig zugange sind. Die Luft ist im übrigen so rein, dass jedes Auto penetrant zu riechen ist.

Um coronafähige Städte herzustellen, bedarf es eines fulminanten Umbaus in Sachen Fußgänger-„Verkehr“. Das gäbe Aufträge für die Bauindustrie. Kanäle müssten verlegt, die Bordsteine umgebaut, die Fahrstraßen neu dimensioniert und begrünt werden. Man kann nur hoffen, dass „Nachcorona“ uns die richtigen Entscheidungen abverlangt. Es würde uns eine Freude bereiten, in diesen umgestalteten Städten zu wandeln, auch auf Distanz zu gehen für lange Zeit, wenn nur die schmalen Bürgersteige nicht wären! Wir sollten die Stadt neu denken. Also auf, IHK! Oskar Voigt, Frankfurt

Keine Vorfahrt für Radler auf Zebrastreifen

Als einer, der in früheren Jahren viel mit dem Fahrrad unterwegs war, habe ich eine Bitte: Wer bringt den Radlern bei, dass ein Zebrastreifen nur dann für sie gilt, wenn das Rad geschoben wird? Aus eigenem Erleben: Es ist dem Lenker eines Fahrzeuges nicht zuzumuten, erkennen zu müssen, dass ein von der Seite kommender schnellfahrender Radler glaubt, der Zebrastreifen gewähre ihm die Vorfahrt. Helmut Lind, Oberursel

Diskussion: frblog.de/ihk

LESERBRIEFE ONLINE

Alle Leserbriefe dieses Leserforums wurden auch online veröffentlicht – im FR-Blog, der Fortsetzung des Print-Leserforums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20200706 Oder hier mit mehr Übersicht: frblog.de/aktuell

SORRY

Im Leserforum vom 29. Juni (Seite F14) wurden durch ein Versehen zwei verschiedene Leserbriefe unter einem Autorennamen zusammengefasst. Der erste Absatz unter der Überschrift „Das architektonische Erbe Europas ist grandios“ ist von Gerd Wild, Frankfurt, der Rest von Matthias Münzke, Mainz, so wie unten ausgewiesen.

Bildung ist weiterhin von der sozialen Herkunft abhängig

Zu: „Minister Lorz besucht Anne-Frank-Schule“, FR-Regional vom 29. Juni

Ich teile die Kritik der Kolleginnen, dass die Regelung, dass keiner der Schüler*innen wiederholen müsse, zu früh verkündet wurde. Aber meine Kritik geht noch weiter, denn die Lehrer*innen wurden zu spät informiert. Zur Tatsache, dass Schüler*innen nicht „sitzenbleiben“ können, kam nämlich das Verbot für Lehrer*innen, Ergebnisse des Homeschoolings zu bewerten. Während die Schüler*innen das als „Freibrief“ verstehen konnten, nichts zu tun, bemühten sich umgekehrt die Kolleg*innen darum, den Unterricht auf Distanz fortzuführen. Als es aber einige Wochen später hieß, die Ergebnisse dürften nicht bewertet werden, empfanden es viele als Entwertung dieser Be-

mühungen. Hätte man das früher gewusst, hätte man gleich eine Bewertung der bis dahin geleisteten Arbeit der Schüler*innen vornehmen und von den nachfolgenden Aufgaben im Distanzunterricht formal abkoppeln können. Stattdessen entstand im Kollegium große Verunsicherung darüber, was bewertet werden dürfe und was nicht. Ein pfleglicher Umgang durch das HKM mit der Zeit und Kraft der Lehrkräfte wurde hier schmerzlich vermisst.

Dies verdeutlicht den generellen Missstand des deutschen Bildungssystems. Bildung war und ist – auch 20 Jahre nach Pisa – von der sozialen Herkunft abhängig. Corona hat diese Ungleichheit verschärft und so wieder bewusst

gemacht. Insofern muss die Einführung dieser Regelung durch das HKM als Zugeständnis an die Elternverbände gewertet werden, letztendlich um sie in der Krise ruhigzustellen. Aber statt die Krise für eine Revision der Politik im Sinne der Bildung vorzunehmen, wird nur der Mangel verwaltet.

Die Coronamaßnahme des HKM sieht nicht nur vor, dass Schüler*innen nicht wiederholen müssen, sondern auch, dass Eltern die freiwillige Wiederholung erleichtert beantragen und ihre Kinder dadurch eher wiederholen können. Eine Maßnahme, die insbesondere Förderschüler*innen zugutekommen könnte. Voraussetzung ist allerdings, dass räumliche und personelle Kapazitäten

erweitert würden. Das Gegenteil ist der Fall. Letzte Woche haben wir an meiner Schule erfahren, dass 30 Förderlehrerstunden im nächsten Jahr wahrscheinlich unbesetzt bleiben werden. Der Status quo ist schon unzureichend, verschlechtert sich aber noch weiter.

Corona könnte eine Chance für ein Umdenken sein. Der hessische Kultusminister hat mit seiner bisherigen Corona-Politik allerdings unsere Arbeit leider vor allem abgewertet, die Eltern in die Irre geführt und das Prinzip der gebotenen Chancengleichheit verhöhnt. Da kann er noch so viele Schulen besuchen. Laura Mestre Vives, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/oeffnung